

presse

Minijobs: Ausweitung verschärft Ausbeutung

Zur vom Bundeskabinett beschlossenen Erhöhung der Minijob-Grenze auf 450 Euro erklären die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und die zuständige Berichterstatterin Gabriele Hiller-Ohm:

Die Erhöhung auf 450 Euro ist grundfalsch.

Dem Staat und den Sozialversicherungen gehen Steuern und Abgaben in Höhe von 300 Millionen Euro verloren.

Für Arbeitgeber wird es noch attraktiver, normale Stellen in Minijobs zu zerstückeln. In Branchen wie dem Gastgewerbe wird es immer schwerer, reguläre und sozialversicherte Arbeitsplätze zu finden. So werden immer mehr Menschen in Minijobs gedrängt. Auf sie warten Dumpinglöhne, rechtswidrige Arbeitsbedingungen, schlechte Berufsperspektiven und nicht zuletzt Altersarmut.

Die Politik von CDU-Arbeitsministerin von der Leyen ist verlogen: Sie schreibt sich die Vermeidung der Altersarmut auf die Fahnen, sorgt mit ihrer Arbeitsmarktpolitik aber selbst dafür.

Die SPD will den Niedriglohnsektor mit einem gesetzlichen Mindestlohn trocken legen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse eindämmen und besser absichern.